

Antragsbereich B / **Antrag B7**

AntragstellerInnen: Jusos Bayern

Empfänger: Landesparteitag

Landtagsfraktion

B7: #junginbayern

Seit vielen Jahren entwickeln wir Jusos Bayern die Vorstellung einer sozialistischen Welt - von einem sozialistischen Oberfranken bis zum sozialistischen Niederbayern, ein sozialistisches Europa, auf jedwe-
5 der Ebene.

Weisungsrichtend für die nächsten Jahre muss die Frage sein, wie unser jungsozialistisches Bayern aussieht. Es gibt viel zu ändern und voranzutreiben und
10 das muss unser politisches Ziel und unsere Aufgabe sein.

Unser Bayern besteht nicht nur aus München, Augsburg und Nürnberg, sondern auch aus
15

Kulmbach, Weiden und Prien am Chiemsee. Je nach Ort unterscheiden sich die

Herausforderungen, und doch sind die übergeordneten Fragestellungen vielerorts ähnlich. Wir wollen
20 vorrangig die Bildung, die Mobilität, den Wohnraum und die Freizeitangebote in Stadt und

Land verbessern und für eine Chancengerechtigkeit
25 und für gleichwertige, aber vor allem gute Lebensbedingungen in jeder Verortung Bayerns sorgen.

Bildung

30 Nicht erst die Pandemie hat gezeigt, dass das baye-
rische Schulsystem strukturell nicht dazu in der Lage
ist, Gerechtigkeit und gleichen Zugang zu Bildung für
alle zu schaffen. Besonders in Bayern lebt, für Europa
beinahe einzigartig, die Tradition der bürgerlichen
35 Stände im dreigliedrigen Schulsystem weiter – das
Gymnasium für die Oberen, und auch nur das spielt
schulpolitisch eine Rolle. Wir möchten mit dieser
jahrhundertealten Ungerechtigkeit endlich brechen.
Die Bayern SPD muss wieder als die politische Kraft
40 wahrgenommen werden, die für eine Veränderung
des bayerischen Schulsystems kämpft und dabei ins-
besondere strukturelle Aspekte in den Blick nimmt,
die die soziale Ungerechtigkeit verstärken. Wir for-
dern, dass die bayerische Sozialdemokratie hierfür
45 Formate und eine Kampagne entwickelt, um die Partei
mit dem Thema Bildungsgerechtigkeit zu verknüpfen.
Basierend auf der Auswertung der Rückmeldungen
zu dieser Kampagne kann die Bayern SPD dann
Bündnispartner einladen, um ein Volksbegehren bis
50 spätestens zur Landtagswahl 2023 für die solidari-
sche Gemeinschaftsschule in Bayern zu initiieren –
für die bestmögliche Versorgung mit Bildung in jeder
noch so kleinen Gemeinde des Freistaates!

55 **Warum es höchste Zeit für die Gemeinschafts- schule ist**

Als Gymnasien etabliert wurden, sollten sie für die
bürgerliche Elite des Landes ein Ort der humanis-
60 tischen und kulturellen Bildung werden. Sie sollten

ihre Schüler*innen auf ein Leben in der oberen Mittelklasse, oder höher, vorbereiten. Der Aufbau eines Volksschulwesens für die Kinder der Arbeiter*innen, Freizeitprogramme in der Natur wie die Kinderrepubliken der
65

Falkenbewegung oder die Institutionalisierung beruflicher Bildung beweisen: Schön früh war es unsere Aufgabe, dem Zweiklassenschulsystem etwas
70 entgegensetzen. Als Sozialdemokrat*innen und Sozialist*innen müssen wir diese Aufgabe heute, in den 20er Jahren des 21. Jahrhunderts, neu definieren. Dass in Bayern nur bis zur vierten Klasse gemeinsam gelernt werden kann geht auf die Ideologie zurück,
75 dass besonders talentierte und leistungsfähige Kinder so früh wie möglich von weniger talentierten und leistungsfähigen Kindern getrennt werden müssen, um ihr volles Potential auszuschöpfen. Der erfolgreiche oder nicht erfolgreiche Übertritt kann da bereits
80 die Zukunft von Kindern entscheiden. Allein dieser Anmaßung gegenüber Hunderttausender Kinder und Jugendlicher in Bayern müssen wir uns entgegenstellen und *mindestens mit der Forderung einer sechsjährigen Grundschulzeit entschieden entgegentreten*.
85 Die Separation des Schulsystems ist die Idee der Elitenförderung – die Starken noch stärker machen, alle anderen fallen hinten runter. Belegt wird das durch die Situation an Mittel- und Realschulen: Lehrkräfte werden weniger bezahlt als am Gymnasium,
90 es mangelt oft noch stärker an Ausstattung und in der öffentlichen Debatte spielen sie praktisch keine Rolle. Besonders deutlich wird die Ungerechtigkeit der Aufteilung nach der vierten Klasse, wenn man sich die Gründe anschaut, warum die Schüler*innen

95 die nötigen besseren Noten für das Gymnasium
bekommen haben – oder eben nicht. Es ist der sozio-
ökonomische Status der Schüler*innen, der familiäre
Hintergrund, mögliche Kinderarmut oder gesund-
heitliche Probleme, die Kinder daran hindern, in der
100 Grundschule Spitzenleistungen zu erzielen. Oder
Lehrkräfte maßen es sich an, aufgrund subjektiver
Empfindungen die nächstbessere Note nun doch zu
geben oder sie zu verweigern, falls den/die Schüler*in
nicht in der gewünschten Schulform sehen würden.
105 Gerade für Kinder mit Migrationshintergrund können
dabei bereits in jungen Jahren mit Alltagsrassismus
konfrontiert werden, der dann auch noch ihre schu-
lische Bildung und damit das künftige Berufsleben
deutlich einschränkt oder den Schüler*innen das Ziel
110 ihres gewünschten Lebenswegs verwehren. Doch
gehen wir noch einen Schritt zurück: Sollten gerade
Grundschulen nicht ein Ort sein, an dem Kinder die
Welt entdecken können, sich ausprobieren können?
Gerade dafür bleibt kaum eine Zeit, wenn es auf das
115 „Grundschulabitur“ zugeht. Egal ob in der vierten
Klasse oder später: ein Übertritt ist für Schüler*in-
nen nicht zumutbar! Ohne ihn und damit mit einer
Gemeinschaftsschule ist ein gerechtes Schulsystem
möglich.

120

Das System der Solidarischen Gemeinschafts- schule

125 Alle Initiativen für die Schaffung der Gemeinschafts-
schule haben gemein, dass sie alle bisherigen
Schultypen unter ein Dach vereinen. In unserem Mo-
dell bleiben die ersten vier Schuljahre der heutigen
Grundschule sehr nahe. Mit dem fünften Schuljahr

eröffnen sich mit jedem Jahr mehr Möglichkeiten für
130 die Schüler*innen, zu wählen, welche Themen sie
interessieren und mit welchen

Fächern sie sich intensiver auseinandersetzen
möchten. Es gibt viele Modelle und Optionen, die-
135 se Wahlmöglichkeiten auszugestalten. Wir möchten
gemeinsam mit Bündnispartner*innen am bestmögli-
chen Modell für die Solidarische Gemeinschaftsschule
arbeiten, bei dem jedoch eines klar ist: Die Bedürfni-
se und Lebenswirklichkeit der Schüler*innen steht für
140 uns im Mittelpunkt. Die Expertise von Pädagog*innen,
aus der ganzen Welt, ist für uns ausschlaggebend.
Viel mehr als ein Schulsystem ist die Solidarische
Gemeinschaftsschule auch ein Ort des Lebens. Das
erreichen wir durch die Umstellung der Schulen auf
145 das System der integrierten Ganztagschule und dem
Wegfall sämtlicher Hausaufgaben.

Alle Schulen in Bayern bieten darüber hinaus auch an:

- 150 • Kostenfreies und warmes Mittagessen,
- Kostenfreier Verleih von Freizeit- und Sportgeräten,
- Lehrmittel und Lernmaterial frei zugänglich in
Schulbibliotheken, eine schulpsychologische Be-
treuung für alle Schüler*innen durch die Schaffung
155 neuer Stellen und Entlastung von Lehrkräften,
- kostenfreie international anerkannte Sprachprü-
fungen,
- Klassen-, Studien- und Spracherwerbsreisen mit
der Möglichkeit der vollen Kostenerstattung.
- 160 • Kostenfreie digitale Endgeräte für alle Schüler*in-
nen, um sowohl die Medienkompetenz zu verbes-
sern, als auch vielfältige und vielseitige Lernange-

bote fernab des Geldbeutels der Eltern zu ermöglichen

- 165 • Moderne digitale Infrastrukturen, welche den Ansprüchen des digitalen Lernens von heute als auch von morgen ermöglichen, Schnelles Internet für alle Schulen ohne Ausnahme!

170 **Gemeinsames Lernen auf ein pädagogisches Fundament stellen**

Die Einführung des eingliedrigen Schulsystems ist in vielen europäischen Ländern im Lauf der letzten Jahrzehnte geschehen. Doch selbstredend ist diese
175 eine Reform nicht der Schlüssel zum vollkommenen und gerechten Schulwesen. Deshalb setzen wir uns für die Solidarische Gemeinschaftsschule ein – ein Modell, das viel mehr Aspekte umfasst als ausschließlich das Zusammenlegen von drei Schultypen. In
180 der politischen Debatte ist es leider zur Gewohnheit geworden, das Hinzufügen neuer Schulfächer als einen konstruktiven Beitrag zur Diskussion zu bewerten. Unser Ansatz ist ein anderer. In einer solidarischen Gemeinschaftsschule sollen Talente
185 und Interessen geweckt und gefördert werden, eine übergroße Anzahl an Schulfächern und Lehrplänen, die es jedes Schuljahr abzuarbeiten gilt, wirken dem entgegen. Wir möchten in ein zu schaffendes Bündnis für die Solidarische Gemeinschaftsschule daher dafür
190 plädieren, sich genau mit dem finnischen Modell auseinanderzusetzen, das in vielen Fällen Schulfächer abgeschafft hat. Themen werden in ihren verschiedenen, beispielsweise geographischen, geschichtlichen, naturwissenschaftlichen und sprachlichen Aspek-
195 ten, behandelt. Zwar wird es freilich immer Fächer geben, die an enge Grenzen gebunden sind, wie

beispielsweise Sprachunterricht, doch gerade hier soll es in der Solidarischen Gemeinschaftsschule viele Wahlmöglichkeiten und innovative, pädagogische Lernformen geben können, die bisher weder Zeit noch Raum an Schulen einnehmen. Das Aufbrechen der Schulfächer bietet noch weitere Möglichkeiten. Sportunterricht kann beispielsweise in Kooperation mit lokalen Sportvereinen organisiert werden und sich besser an die Vorkenntnisse und Fähigkeiten der Schüler*innen anpassen. Ähnliche Modelle sind in künstlerischen und musischen Tätigkeiten denkbar, die einen hohen Stellenwert an einer

Solidarischen Gemeinschaftsschule einnehmen sollen. Auch schaffen wir so, trotz der schwierigen

Situation durch die Landesverfassung, die Möglichkeit, dass Schüler*innen flexibler zwischen

Ethik, Philosophie sowie Religionslehre entscheiden können. Wir sind des Weiteren der Überzeugung, dass Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik wichtig – jedoch nicht wichtiger als alle anderen Lerngebiete auch – sind und daher nicht in dem Ausmaß überhöht werden sollen, wie es die Wirtschaftslobby gemeinsam mit der bayerischen Staatsregierung momentan vorantreiben.

225 Berufliche Bildung der akademischen Bildung gleichstellen

Wir möchten in einem Bayern leben, das sich endlich von der Vorstellung verabschiedet, berufliche Bildung sei weniger wertig als akademische Bildung. Wir sind

der festen Überzeugung der Gleichwertigkeit eines jeden Berufsweges und möchten ein Schulsystem, das eine gleiche und ehrliche Wahl zwischen einer starken Berufsausbildung und einem Studium für alle ermöglicht. Nach zehn Jahren der Gemeinschaftsschule soll den Schüler*innen daher die freie Wahl stehen, ob sie in eine Berufsausbildung starten oder nach drei zusätzlichen Jahren der Oberschule (vergleichbar mit der aktuellen QPhase des Gymnasiums) an eine Hochschule gehen. Die Allgemeine Hochschulberechtigung erhält jede*r, die*der die Oberschule oder eine Berufsausbildung erfolgreich abgeschlossen hat. Wir möchten normalisieren, dass Menschen ihr Berufsleben für ein Studium unterbrechen können oder auch nach dem Studium noch in eine Berufsausbildung gewechselt wird. Zusammen mit einer exzellenten Beratung und Unterstützung der Schüler*innen in der Solidarischen Gemeinschaftsschule stellen wir sicher, dass alle den für sie am besten geeignetsten Berufs- und Lebensweg einschlagen können und schaffen Optionen, sich ohne Nachteile auch umentscheiden zu können. Die Verbesserung der Beratungsangebote für Schüler*innen muss daher Teil eines solchen Volksbegehrens werden.

255

Mit den Schulnoten fällt ein weiteres antiquiertes Element des Schulsystems

Es ist absurd, das Wissen und die Lernfähigkeit aller Schüler*innen nach den gleichen Maßstäben auf einer Skala von 1 bis 6 zu bewerten. Und doch dreht sich in Schule und damit auch beim

Einstieg in das Berufs- und/oder Studienleben vieles

265 um Noten. Die Aussagekraft dieser Bewertungen
kann angezweifelt werden – denn auch hier spiegeln
sich vielmehr die sozialen und familiären Umstände
der Schüler*innen wider als das, was sie tatsächlich
können. Das und der starke Ausschlag der individu-
270 ellen Vorzüge der Lehrkräfte machen Noten nicht zu
der objektiven und vergleichbaren Bewertung, die sie
vorgeben, zu sein. Anstatt gezielt an den Stärken und
Schwächen der Schüler*innen in einzelnen schuli-
schen Teilbereichen zu arbeiten, werden sie mit dem
275 Ist-Zustand ihrer Schwächen konfrontiert, bestraft
und müssen gegebenenfalls um ihre Versetzung in
die nächsthöhere Stufe bangen. Schüler*innen aus
sozial besser gestellten Umständen können diese
Mängel womöglich mit teurer Nachhilfe abseits des
280 Schulalltags beheben. Auch hier zeigt sich die Bil-
dungsungleichheit im Freistaat. Noten sind jedoch
nicht alternativlos, es fehlt nur an Personal und Mut,
den Schüler*innen in Zukunft ein konstruktives und
persönliches Coaching zur Entwicklung der eigenen
285 Fähigkeiten und Talente zur Verfügung zu stellen.
Schon deshalb ist es wichtig, mehr Lehrpersonal
einzustellen und die Lehramtsausbildung stärker
zu fördern. Das Bündnis zur Einführung der Solida-
rischen Gemeinschaftsschule soll ausarbeiten, wie
290 eine Abschaffung der Schulnoten in Bayern durch die
Solidarische Gemeinschaftsschule aussehen kann.
Es soll auch mit in Betracht gezogen werden, welche
Folgen das für Absolvent*innen der Gemeinschafts-
schule mit Blick auf Perspektiven außerhalb Bayerns
295 haben würde und welche Möglichkeiten wir hier
Schüler*innen bieten können, hier nicht benachteiligt
zu werden.

Eine Gemeinschaftsschule ist nur dann solidaris-
300 **ch, wenn sie auch demokratisch ist**

Demokratie, Mitbestimmung und Emanzipation sind Grundpfeiler sozialdemokratischer und sozialistischer Bildungsbewegungen. Die Kinderrepubliken in
305 der Weimarer Republik sollten junge Menschen an die damals noch junge Demokratie heranführen, in dem man sie selbstständig ein Sommercamp organisieren und politisch leiten ließ. Sie waren ein voller Erfolg, doch ihr Geist lebt im heutigen Schulsystem nicht
310 weiter. Wir möchten eine vollständige Demokratisierung des Schulwesens und den Schüler*innen so viel Entscheidungsgewalt in die Hände geben, wie nur möglich ist. Dabei ist es essentiell, dass nicht nur formale Wahlen zu Klassensprecher*innen stattfinden,
315 sondern die Schüler*innen in ihrem Schulalltag Zeit, Räume und pädagogisch didaktische Unterstützung bekommen, eine Selbstverwaltung aufzubauen. Wir wollen die Demokratische Schule in Bayern verwirklichen. In geteilter Verantwortung mit den Lehrkräften
320 entscheiden Vollversammlungen und gewählte Vertreter*innen der Schülerinnen gemeinsam über die Belange der Schule und des Schullebens. In Gremien muss die Mitbestimmung paritätisch umgesetzt werden. Wir möchten im zu schaffenden Bündnis
325 vor allem mit Schüler*innen und Lehrkräften in den Dialog gehen und ein Konzept ausarbeiten, wie die Demokratische Schule heute aussehen kann, wie Demokratie vermittelt und organisiert werden kann und wie die Solidarische Gemeinschaftsschule ein
330 optimales Umfeld schaffen kann, Schüler*innen zu

Selbstorganisation und demokratischen Mitbestim-

335 mung zu ermutigen. Klar ist: Es muss für Schüler*innen möglich sein, verbindliche Entscheidungen mit bedeutenden Folgen treffen zu können, damit Mitbestimmung mehr ist als nur Scheinbeteiligung.

Die Lehramtsausbildung muss mit der neuen Schulform mitgehen

340

Bayern gehört zu den letzten Regionen in Europa, die die Lehramtsausbildung noch kaum im Rahmen des Bologna-Prozesses organisieren. Wir möchten weiter gehen – noch weiter als die Bologna-Papiere, und
345 eine der besten Ausbildungsbedingungen für unsere zukünftigen Lehrkräfte in ganz Europa schaffen. Zunächst wird durch die Einführung der Solidarischen Gemeinschaftsschule die Unterscheidung in verschiedene Schultypen für das Lehramt wegfallen.

350

Anstelle der bisherigen engen Vorschriften der Lehramtsausbildung soll ein neues, zweistufiges System eingeführt werden. Dabei halten wir die universitäre Ausbildung aller Lehrer*innen für unverzichtbar. Zulassungsbeschränkungen, wie den
355 NC, lehnen wir entschieden ab. Es müssen mehr Studienplätze geschaffen werden! Wir werden die Staatsexamensprüfungen abschaffen. Der erste Teil des Lehramtsstudiums schließt mit dem Bachelor of
360 Education nach sechs Semestern ab und legt neben den fachbezogenen Studienanteilen einen Schwerpunkt auf die pädagogischen, psychologischen und didaktischen Aspekte. Es folgt nach vier weiteren Semestern ein an den Bachelor gekoppelter Master
365 of Education, hier liegt der Schwerpunkt auf die fachbezogenen Studienanteile. Nach zehn Semes-

tern werden Studierende als Lehrkräfte zugelassen mit Anrecht auf eine Vergütung, die den aktuellen Gymnasiallehrkräften entsprechen. Mindestens drei
370 Praxissemester in Schulen sind verpflichtend, in diesen Praxissemestern soll darauf geachtet werden, dass die angehenden Lehrkräfte möglichst selbstständig und direkt im Unterricht arbeiten können. Studierende können flexibel festlegen, welche Semester
375 Praxissemester werden. Sie können auch gebündelt zwischen B. Ed. und M. Ed. absolviert sowie zu einem Teil im Ausland absolviert werden, ohne dass Nachteile entstehen. Praxissemester sind fest im Studienverlauf eingeplant, werden mindestens
380 mit 60% des Einstiegsgehaltes vergütet und werden pro Semester ohne weitere Prüfungsleistungen mit 30 Leistungspunkten gutgeschrieben. Auch die fachlichen Schwerpunkte müssen neu gedacht werden, wenn die klassische Struktur der Schulfächer aufgehoben
385 werden soll. Angehende Lehrkräfte werden nach wie vor Schwerpunkte wählen, beispielsweise eine oder mehrere Fremdsprachen, Mathematik, Naturwissenschaften und/oder Sozialwissenschaften. Auch hier bietet die Umstrukturierung viele neue Chancen,
390 Lehramtsstudierenden mehr Wahl und Flexibilität zu ermöglichen und gleichzeitig die Qualität der Ausbildung zu verbessern. Digitale Kompetenzen und Medienkompetenz sollen in jedem Lehramtsstudium eine hervorgehobene Rolle im Lehramtsstudium
395 spielen. Auch muss die Lehrer*innen-Ausbildung die Vermittlung diskriminierungskritischer Kompetenzen als zentralen Bestandteil beinhalten. Dies gilt zum einen für die angehenden Lehrkräfte selbst in ihrem eigenen Auftreten und Verhalten. Ebenso gilt es,
400 die Lehramtsstudierenden zu befähigen, den Schü-

ler*innen diskriminierungskritische Kompetenzen zu vermitteln.

Wir möchten gemeinsam mit dem Bündnis mit erfahrenen Pädagog*innen und LehramtsStudierenden
405 ausarbeiten, wie eine Neuaufstellung des Lehramts in Bayern aussehen wird.

Um die Solidarische Gemeinschaftsschule in Bayern umsetzen zu können, initiiert die BayernSPD ein breites gesellschaftliches Bündnis in enger Abstimmung mit der Landtagsfraktion.
410

Dieses Bündnis soll folgende Fragen ausarbeiten:

415

- Notwendige Dienstleistungen und Ausstattungen der Schule, um gleichen Zugang zu Bildung und Ressourcen für alle Schüler*innen zu verwirklichen,
- Ausgestaltung von Schulfächern, Reduzierung des Leistungsdruckes und interdisziplinäres Lernen ungeachtet der üblichen Fächergrenzen,
420
- Weitreichende Maßnahmen zur Gleichstellung beruflicher und akademischer Bildung durch die Überwindung der momentanen elitären Leistungsgesellschaft,
425
- Kompensation möglicher Nachteile für Schüler*innen durch unilaterale Abschaffung von Schulnoten als Bewertungs- und Zeugnissystem,
- Forderungen der betroffenen Gruppen zur Ausgestaltung eines demokratischen Schulsystems mit echter Mitbestimmung der Schüler*innen,
430
- Erarbeitung eines Rahmens für einen angepasste Lehramtsausbildung,
- die rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen eines

435 Volksbegehrens zur Umsetzung der von uns und
von dem zu schaffendem Bündnis.

Mit diesem Papier geben wir uns als Sozialde-
mokrat*innen und Sozialist*innen eine solide Ar-
beitsgrundlage, mit der wir für Gerechtigkeit und
440 Solidarität für die Schüler*innen von heute

und morgen kämpfen wollen. Wir werden gemein-
sam alle linken, progressiven und gewerkschaftlichen
Kräfte in Bayern mobilisieren, um unsere Vision von
445 einer gerechten, demokratischen und solidarischen
Schule auf der Höhe der Zeit zu realisieren. Mit der

Solidarischen Gemeinschaftsschule sind wir gut
aufgestellt für den nächsten Wahlkampf – mit ihr
450 können wir beweisen, dass wir in Bayern gebraucht
werden und nach den vorherigen, erfolgreichen
Bürger*inneninitiativen auch dieses Mal erfolgreich
sein können!

455 **Mobilität**

Im Rahmen der heutigen Ausbildungslandschaft wird
von Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein hohes
Maß an Mobilität gefordert. Aber auch Berufsschü-
460 ler*innen sind durch die duale Ausbildung mit dem
Wechsel zwischen Arbeits- und Schulstätte und der
vermehrten Konzentration von Ausbildungszweigen
mit wenigen Bewerber*innen auf spezielle Berufs-
schulen einem immer länger werdenden Weg zur
465 schulischen Ausbildungsstätte ausgeliefert. Da die
dadurch entstehenden Kosten in den allermeisten
Fällen von den Auszubildenden selbst getragen wer-
den müssen, stellt dies einen unzumutbaren Zustand

dar. Auch die Anbindung ist Frage von Teilhabe,
470 deshalb kämpfen wir für einen umfassenden Ausbau
aller ÖPNV-Möglichkeiten in Bayern, um diese zu
sichern. Dabei setzen wir auf ein ineinandergreifen-
den und aufeinander aufbauendes ÖPNV Angebot.
So beispielsweise die Anpassung der Taktung von
475 Buslinien an die Fahrpläne der deutschen Bahn. Es
gilt insbesondere, dass Angebote an die Bedürfnisse
vor Ort angepasst eingerichtet werden. Deswegen
setzen wir auf eine Mischung aus Schienenverkehr,
regionalen ÖPNVVerbänden und individuellen Lösun-
480 gen vor Ort, sowie dem Fahrrad als geeignetes Mittel
für kurze Strecken.

Nicht nur Auszubildende müssen die Kosten des
Fahrtwegs selbst tragen, dies gilt auch für Schü-
485 ler*innen ab der 11. Klasse, welchen ebenfalls die
kostenlose Schulbeförderung nicht mehr gewährt
wird. Nicht nur die fehlenden Anbindungen, sondern
auch hohe Ticketpreise sind Ursachen für die zu
geringe Nutzung des ÖPNV. Dabei

490 bringt diese nachhaltige Mobilität viele Vorteile,
wie mehr soziale Kontakte, mehr Entwick-
lungsmöglichkeiten, mehr Sicherheit und sie ist zudem
umweltschonend. Deshalb fordern wir eine sozial-
495 ökologische Wende im gesamten Verkehrssektor!
Es müssen endlich alle verbliebenen Bahnstrecken
elektrifiziert werden um Dieselloks aus dem Ver-
kehr zu ziehen! Außerdem müssen alle Busse auf
erneuerbare Energien, wie E-Mobilität und grünem
500 Wasserstoff, umgestellt werden. Diese Umstellung
muss sich auch auf den Individualverkehr beziehen,
der durch den Ausbau von Ladestationen, die finan-

zielle Unterstützung bei der Anschaffung von E-Autos
und weitere Forschung im Bereich der Akkuentwick-
505 lung gefördert werden muss. Der Ausstieg aus dem
Verbrennungsmotor ist zwingend notwendig.

Ein bayernweites Ticket stellt so weit mehr als nur
praktische Umverteilung zugunsten der geringsten
510 Einkommensbezieher*innen dar. Gerade Azubis
haben insgesamt weniger Möglichkeiten zur gesell-
schaftlichen Teilhabe als Studierende, die zumindest
Zugang zu einem Studierendenticket in ihrer Stadt
haben. Unser Ticket ermöglicht es jungen Menschen
515 täglich kostengünstig zu pendeln und auch größere
Distanzen zurückzulegen. Statt eines Flickenteppichs
verschiedener Förderstrukturen, Zuschüsse und
Preise brauchen wir eine einheitliche Landeslösung,
die die Landesregierung mit den Tarifparteien und
520 anderen beteiligten Akteur*innen, wie zum Beispiel
auch den Arbeitgeber*innen, durchsetzt. Deshalb
fordern die Jusos Bayern die Einführung eines bay-
ernweiten Schüler*innen-, Auszubildenden- und
Studierendentickets. Dieses muss Fahrten sowohl
525 in den bayerischen Nahverkehrszügen als auch im
örtlichen ÖPNV ermöglichen. Für Menschen,

(zu Fuß, mit dem Fahrrad, dem ÖPNV, der Bahn) viele
Vorteile: Mehr soziale Kontakte, mehr Entwicklungs-
530 möglichkeiten, mehr Sicherheit und umweltschonend
-jeder Kilometer, der nicht mit dem Auto zurückgelegt
wird, schont dadurch die Umwelt. Ein bayernweites
Ticket stellt weit mehr als nur praktische Umvertei-
lung zugunsten der geringsten Einkommensbezie-
535 her*innen dar. Das Ticket ermöglicht den finanziell
Schwächeren, sich gesellschaftlich, kulturell und auch

z.B. politisch besser einzubringen. Sich überall hin bewegen zu können, ist Teil gesellschaftlicher Teilhabe. An vielen Stellen sticht hervor, dass gerade Azubis insgesamt weniger Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe haben als Studierende, die bereits ein Studierendenticket innerhalb ihrer Kommune besitzen. Das Ticket könnte dem StadtLand-Gefälle entgegen-treten und mehr besetzte Ausbildungsstellen durch höhere Mobilität ermöglichen. Als Flächenland gibt es in Bayern das große Problem, dass Regionen wie Augsburg, München oder Nürnberg einen großen „Überhang“ an Bewerber*innen haben. Hingegen bleiben gerade in ländlichen Regionen einige Ausbildungsplätze unbesetzt. Unser Ticket würde es jungen Menschen ganz praktisch ermöglichen, täglich kostenneutral zu pendeln und auch größere Instanzen zurückzulegen. Statt eines Flickenteppichs verschiedener Förderungsstrukturen, Zuschüsse und Preise brauchen wir eine einheitliche Landeslösung, die die Landesregierung mit den Tarifparteien und anderen beteiligten Akteur*innen, wie zum Beispiel auch den Arbeitgeber*innen, durchsetzt. Deshalb fordern die Jusos Bayern die Einführung eines bay-ernweiten Schüler*innen-, Auszubildenden- und Studierendentickets. Dies muss Fahrten sowohl in den bayerischen Nahverkehrszügen als auch im örtlichen ÖPNV ermöglichen. Für diese Personengruppe, die an der Grenze zu Bayern leben, aber in Bayern ihrer Ausbildung nachgehen, sind Übergangslösungen zu schaffen. Ziel ist es, den Weg vom Wohnort zu den Ausbildungsstätten durch das Ticket abzu decken.

Dies ist aber nur der erste Schritt auf unserem Weg in ein sozialistisches Bayern. Langfristig setzen wir uns

für einen kostenlosen und fahrscheinlosen ÖPNV für alle ein.

Wohnen

575

Bezahlbarer Wohnraum ist knapp. Gerade in den Städten, die von arbeits- und ausbildungsbezogenen Zuzug profitieren, stellt sich für viele die Frage, ob sie sich das Wohnen in der Stadt noch leisten können. Die steigenden Mietpreise und der finanzkräftige Zuzug setzen eine Dynamik in Gang, die zur Verdrängung der normal- und geringverdienenden Bevölkerung zu führen droht. Längst ist diese Entwicklung nicht mehr nur auf die Kerngebiete der Städte begrenzt, sondern zieht sich weit hinein in ländlichere Gebiete. Immer weitere Wege müssen für die Suche nach bezahlbarem Wohnraum in Kauf genommen werden, denn weite Teile der Region in den Verbundräumen der europäischen Metropolregionen Nürnberg-Fürth-Erlangen und München erfahren Wachstum und in vergleichsweise gut erschlossenen Lagen wird bezahlbarer Wohnraum knapp.

In Artikel 106 Abs. 1 der bayerischen Verfassung wird der "Anspruch auf eine angemessene Wohnung" für jede*n Bewohner*in Bayerns unter den Grundrechten geführt. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Bayern muss endlich diesem Anspruch gerecht werden und für den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum sorgen. Aus diesem Grundrecht geht für uns auch die Forderung hervor, dass kein Mensch bei der Wohnungssuche diskriminiert wird. Daher braucht es weitergehende

605 gesetzlich gestützte Maßnahmen, als bisher. Ein Bei-
spiel dafür sind anonymisierte Bewerbungsverfahren.

Mit der Mietpreisbremse und dem Mietspiegel wurde
in den letzten Jahren schon einiges für die Mieter*in-
610 nen erreicht. Allerdings bedürfen diese Instrumente
noch weiterer Ergänzungen, um einen effizienten und
sozialen Rechtsschutz zu gewährleisten.

Die Mietpreisbremse regelt, dass bei der Wieder-
615 vermietung von Wohnungen in Gebieten mit einem
angespannten Wohnungsmarkt die zulässige Miete
höchstens auf das Niveau der ortsüblichen Ver-
gleichsmiete +10% angehoben werden darf. Welches
Gebiet dabei eines mit „angespanntem Wohnungs-
620 markt“ ist, wird von den Ländern für jeweils maximal
5 Jahre bestimmt.

Dadurch entsteht jedoch ein undurchsichtiger Fli-
ckenteppich mit Orten, an denen die Mietpreisbremse
625 gilt und Orten, die ausgenommen sind. Wird fordern
daher, dass die Mietpreisbremse in Bayern künftig
überall flächendeckend gilt und nicht nur in Gebieten
mit angespanntem Wohnungsmarkt. Ebenso soll sich
der Freistaat Bayern auf Bundesebene für Verbesse-
630 rungen einsetzen. Neubauwohnungen, die erstmals
vermietet werden, sind von der Mietpreisbremse
ausgenommen, ebenso wie die erste Vermietung
nach einer umfassenden Modernisierung. Dies dient
der Investitionsförderung und soll Neubau und
635 Modernisierung von Wohnungen fördern. Dabei ist
klar, dass wir die Frage nach dem „ob“ einer solchen
Förderung bejahen. Hinsichtlich des „wie“ fordern
wir jedoch, dass diese Investitionsförderung nicht zu

Lasten der Mieter*innen geschieht, sondern durch
640 staatliche Investitionen und Unterstützungsmaß-
nahmen. Die Ausnahme von Neubauwohnungen
und umfassend modernisierten Wohnungen von der
Mietpreisbremse soll daher künftig nicht mehr be-
stehen und Investitionen stattdessen von staatlicher
645 Seite ermöglicht werden.

Der Mietspiegel gibt einen Überblick über die „orts-
übliche Vergleichsmiete“. Sie wird gebildet aus
den üblichen Entgelten, die in der Gemeinde für
650 Wohnraum vergleichbarer Art, Größe, Ausstattung,
Beschaffenheit und Lage einschließlich der ener-
getischen Ausstattung in den letzten - mittlerweile
sechs - Jahren vereinbart worden sind. Dieser noch
immer viel zu kurze Zeitrahmen und die Tatsache,
655 dass im Mietspiegel nur Neuvermietungen berück-
sichtigt werden und nicht etwa bereits bestehende,
meist wesentlich günstigere Mietverträge, kann die
Realität jedoch nicht ausreichend widerspiegeln. Wir
fordern daher, den für den Mietspiegel maßgeblichen
660 Zeitrahmen über sechs Jahre auf mindestens 20
Jahre auszudehnen und im Mietspiegel nicht nur
Neuvermietungen, sondern auch bereits bestehende
Altverträge mit zu berücksichtigen.

665 Schließlich muss dem Verlust von Wohnraum durch
Zweckentfremdung entgegengewirkt werden. Durch
Internetplattformen wie Airbnb lässt sich durch
eine zweckentfremdete und meist dauerhafte Nut-
zung als lukrative Ferienwohnung viel mehr Gewinn
670 erzielen, als durch eine reguläre Vermietung als
Wohnraum. Gleichzeitig ist die Gewerbesteuer eine
der wichtigsten Einnahmequellen von Gemeinden,

so dass die Gefahr einer Umwandlung von Wohnraum in Gewerbeflächen besteht. Der dringend
675 benötigte Wohnraum wird dadurch weiter reduziert. Um Wohnraum zu schützen und gleichzeitig die kommunale Selbstverwaltung zu wahren, sind Zweckentfremdungen von Wohnraum nur nach Genehmigung durch die Gemeinden möglich. Dies
680 gilt jedoch nur, wenn die jeweilige Gemeinde dies ausdrücklich durch Erlass einer Satzung geregelt hat. Ist dies nicht geschehen, kann der Wohnraum je nach Belieben der Eigentümer*innen umgenutzt werden. Dadurch besteht eine Gefahr der Verdrängung von
685 Mieter*innen aus ihren Wohnungen wegen meist profitablerer Gewerbemietvertragseinnahmen oder spekulativen Leerstand sowie eine uneinheitliche und undurchsichtige Rechtslage je nach Gemeindegebiet. Wir fordern eine bayernweit einheitliche
690 Regelung, nach der das Genehmigungserfordernis der Gemeinden flächendeckend besteht und die weitere Verschärfung des Strafmaßes bei Verstoß gegen die Regelungen der Zweckentfremdungssatzungen. Leerstehender oder zweckentfremdeter
695 Wohnraum soll durch die Gemeinden zwangsweise wiedervermietet werden können. Dabei soll eine soziale Bindung der Mieten etabliert werden um einen etwaigen spekulativen Mietanstieg zu vermeiden.

700 Daher fordern wir:

- > Flächendeckender Einsatz der Mietpreisbremse
- > Streichung der Ausnahmetatbestände "möblierte
705 Wohnung" und "Neubau" für die Gültigkeit der Mietpreisbremse

> Weiterentwicklung des Mietspiegels, sodass dieser nicht länger den bedingten, erwarteten

710

Mietpreis der in den letzten vier Jahren neuvermieteten Wohnungen im freifinanzierten Wohnungsbau mit Ausnahme von Ausreißern darstellt, sondern durch Einbeziehung von Bestandsmieten auch im
715 nicht gewinnorientierten Wohnungsbau den tatsächlichen Mietpreis vergleichbarer Wohnobjekte abbildet. Zur Etablierung allgemeiner, gerichtlich anerkannter wissenschaftlicher Maßstäbe zur Erstellung eines qualifizierten Mietspiegels ist ein
720 Standard-Modellrahmen durch das Statistische Bundesamt zu erarbeiten, welcher als Vorlage für das

Erstellen von Mietspiegeln dienen soll. Ferner ist die Möglichkeit, anstelle des Mietspiegels die Vergleichsmiete gutachterlich durch Mitteln der Mieten sog.
725 vergleichbarer Objekte bei Existenz eines qualifizierten Mietspiegels zu streichen.

> Verschärfung des möglichen Strafmaßes für Zweckentfremdungen, Transparenz und effektive
730

Nachverfolgung und zentrale Wiederbelegung zweckentfremdeten Wohnraums unter sozialen Bindungen durch die Kommunen.

735

Eine der größten Herausforderungen in der Wohnungspolitik stellt die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum dar. Die Zahl der Menschen, derer Einkünfte nicht mehr ausreichen, um die hohen
740 Mietpreise zu bezahlen oder sich gar Wohneigentum

zu erarbeiten, steigt stetig. Für viele Menschen mit geringem oder mittlerem Einkommen wird es immer schwerer, in den bayerischen Städten und Gemeinden noch bezahlbaren Wohnraum zu finden.

745

Und selbst dann, wenn nach langer Suche geeigneter Wohnraum gefunden wurde, geht ein unverhältnismäßig hoher Prozentanteil des monatlichen Einkommens für die Zahlung der Miete drauf. Die
750 Wohnungspreise in München gehören sogar zu den höchsten in Deutschland und auch längerfristig ist auf dem Wohnungsmarkt im Freistaat mit keiner Entspannung zu rechnen. Eine zentrale Maßnahme, um gegen die Wohnungsnot in Bayern vorzugehen,
755 ist ein Anstieg der Bautätigkeit. Daher muss in den nächsten Jahren von staatlicher Seite ein erhöhtes Engagement gezeigt werden und der Neubau vieler bezahlbarer Wohnungen mit finanziellen Mitteln gefördert werden. Dabei sind insbesondere die
760 Kommunen bei der Schaffung oder der Ausweitung von sozial gefördertem Wohnraum im Kommunalen Bestand zu unterstützen. Der Verkauf tausender GBW Wohnungen im Zuge der Pleite der Landesbank an ein privates Investorenkonsortium war ein fataler
765 Fehler und verantwortlich für den Wegfall großer Bestände bezahlbaren Wohnraums. Die eingegangenen Sozialverpflichtungen haben sich fortlaufend als leere Versprechungen erwiesen. Wo der Freistaat nicht selber aktiv wird sollen Flächen im staatlichen Besitz den
770 Kommunen zweckgebunden für sozialen Wohnungsbau verbilligt zur Verfügung gestellt werden. Die von der Immobilienverwaltung des Freistaates betreuten Liegenschaften sollen nicht mehr veräußert werden und nur an öffentlich-rechtliche Körperschaften

775 oder zu 100% kommunalen Unternehmen zu einem
deutlich reduzierten Preis für gemeinnützige, soziale
Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Insbesondere auch für Junge Menschen fehlt es in
780 Bayern an bezahlbaren und an ihre Bedarfe ange-
passten Wohnraum. Hier muss staatliche Förderung
ansetzten um Jungen Menschen, Student*innen, Aus-
zubildenden und jungen Arbeitnehmer*innen einen
Start in den eigenen vier Wänden zu ermöglichen.
785 Grade ihnen fällt es oft besonders schwer sich auf
dem Wohnungsmarkt überhaupt zu versorgen, sind
doch häufig hohe Bürgschaften und Kautionen zu
stellen sowie unbefristete Festanstellung Vorausset-
zung für den Zuschlag zu einer Wohnung.

790

Daher muss das Landesförderprogramm "Junges
Wohnen", das die zweckgebundene Errichtung von
bedarfsgerechtem Wohnraum für junge Menschen
insbesondere durch kommunale und gemeinnützige
795 Träger ermöglicht, weiter ausgebaut und in Abstim-
mung mit Konzepten wie dem Studierendenwerk
oder einem derzeit noch in Planung befindlichen
Azubiwerk stehen. Für all diese Konzepte muss der
Freistaat weitere finanzielle Fördermittel unkompli-
800 ziert zur Verfügung stellen.

. Auch müssen die Investitions- und Erhaltungs-
kostenzuschüsse für Auszubildenden und Block-
schulwohnheime durch die Landesebene wieder
805 eingeführt und erhöht werden, um die angemessene
Unterbringung von Berufsschulpflichtigen während
ihrer Schulzeiten sicherzustellen.

Daher fordern wir:

810

> Förderung und Unterstützung der Gemeinden bei der Schaffung sozial geförderten und preisgedämpften Wohnraums

815 > Förderung von Genossenschaften und Unterstützung von Genossenschaftsneugründungen

> Ausbau des Förderprogramms "Junges Wohnen" für zweckgebundenen kommunalen oder gemeinnützigen Wohnungsbau
820

> Verbesserung der Ausstattung der Studierendenwerke

825 > Förderung von Projekten zur Schaffung von Wohnraum für Auszubildende

> Wiedereinführung eines Investitions- und Erhaltungskostenzuschusses für Auszubildenden- oder Blockschulwohnheime
830

> Den Ausbau des Diskriminierungsschutzes auch bei der Wohnungssuche. Dafür sollen die zuständigen Regierungen Expert*innen-Kommissionen einsetzen, die herausarbeiten, welche Maßnahmen hierzu möglich sind – und die Ergebnisse dann auch umsetzen.
835